

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

98 (26.4.1952)

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Samstag, den 26. April 1952

4./53. Jahrgang

Nr. 98

Südwestdeutsche CDU protestiert

Die Bundesregierung soll einschreiten

Stuttgart (Isw). Die CDU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes hat nach der Sitzung der Landesversammlung in einem Telegramm an Bundeskanzler Dr. Adenauer gegen die Regierungsbildung in Südwestdeutschland protestiert. In dem Telegramm heißt es: „CDU-Fraktion der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg protestiert gegen die staatsrechtlich unzulässige Regierungsbildung in Stuttgart und bittet gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes um Einschreiten der Bundesregierung zur Herbeiführung der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung im neuen Bundesland. Begründung folgt nach — Dr. Gurk, Fraktionsvorsitzender“.

Dr. Reinhold Maier Ministerpräsident
Mit 64 Stimmen gewählt — 50 Stimmen für Dr. Gebhard Müller — Koalitionsregierung DVP-SPD-BHE gebildet

Stuttgart (ZSH). In einer bewegten Sitzung vor überfüllter Zuschauertribüne wurde am Freitag Dr. Reinhold Maier (DVP) zum ersten Ministerpräsidenten des neuen südwestdeutschen Bundeslandes gewählt. Für Dr. Maier stimmten 64 Abgeordnete, für den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, die 50 CDU-Abgeordneten; sechs Stimmsettel waren unbeschrieben. Sofort nach seiner Wahl gab der neue Ministerpräsident seine Kabinettsliste bekannt, was auf den schärfsten Widerspruch der CDU stieß. Die CDU kündigte in einer von ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Gurk verlesenen Erklärung die schärfste Opposition gegen das neue Kabinett an und bewies, daß die rechtmäßigen Voraussetzungen zum Funktionieren der neuen Regierung gegeben sind.

Dr. Maier briefte folgende Minister in sein Kabinett:
Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister: Dr. Hermann Veit, Karlsruhe (SPD)
Innenminister: Fritz Ulrich, Heilbronn (SPD)
Justizminister: Viktor Renner, Tübingen (SPD)
Kulturminister: Dr. Gotthilf Schenkel, Edlingen (SPD)
Landwirtschaftsminister: Friedrich Herrmann, Neureut Kreis Ohringen (DVP)
Arbeitsminister: Erwin Hohlwegler, Weisingen Kreis Konstanz (SPD)
Minister für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte: Eduard Fiedler, Korntal (BHE)
Parlamentarischer Staatssekretär für die Ausarbeitung und Vollziehung der Verfassung: Dr. Edmund Kaufmann, Heidelberg (DVP). Dr. Kaufmann ist Mitglied der Regierung.

Nach seiner Wahl dankte der Ministerpräsident den Abgeordneten für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht worden sei. In einem demokratischen Staat seien eine Regierung und eine Opposition zwangsläufig, sagte Dr. Maier. Es sei nicht möglich, daß sich die ganze Landesversammlung auf einen Mann einigte. Deshalb könne niemand das Vertrauen aller Abgeordneten besitzen. Dr. Maier sprach die Hoffnung aus, daß überall und jederzeit die sachliche und menschliche gegenseitige Achtung gewahrt bleibe.

Der Gang des neu ernannten Kulturministers Dr. Schenkel zum Regierungstisch wurde mit lebhaften Pflü-Rufen aus den Reihen der CDU begleitet. Abgeordneter Hilbert rief bei der Ernennung Dr. Kaufmanns, bei der ebenfalls ein Tumult entstand, „Judassohn!“, was ihm einen Ordnungsruf einbrachte.

In einer kurzen Erklärung sagte Ministerpräsident Dr. Maier, daß die Bestimmungen des zweiten Neugliederungsgesetzes die Rechtsgrundlagen des neuen Staatswesens bilden. Die Regierung sei gezwungen, zunächst mit zwar dürftigen, aber ausreichenden Rechtsvorschriften auszukommen. Weitere Rechtsakte für die staatsrechtliche Existenz der Regierung seien nicht erforderlich. Die Regierung trete auch ohne solche rechtskräftig ins Leben. Der Schlußsatz der Erklärung Dr. Maier, der mit den Worten: „Gott schütze das neue Bundesland, Gott schütze die Deutsche Bundesrepublik...“ begann, ging im Lärm und Tumult aus den CDU-Bänken unter. Dr. Maier mußte noch einmal ansetzen und fuhr fort: „... Er (Gott) bringe uns wieder unser geliebtes, verlorengegangenes, in Einigkeit und Gerechtigkeit wieder vereinigtes großes deutsches Vaterland!“

Die CDU-Fraktion nahm in einer Presseerklärung zu diesen Zwischenrufen Stellung und erklärte, die Schlußausführungen des Ministerpräsidenten seien „von einzelnen Abgeordneten im Hinblick auf die Haltung der Koalition als Blasphemie aufgefaßt worden, die sie zu spontanen Mißfallenskundgebungen herausfordern mußte“.

Kampfansage der CDU-Fraktion

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Gurk, stellte zur Wahl Dr. Maier und der Regierung fest, daß rund eine Million Wähler von der Mitarbeit bei der Bildung des neuen Bundeslandes ausgeschlossen worden seien. Mehr oder weniger verhält habe man damit

einen Großteil der Wähler als politisch unzuverlässig hingestellt. Dr. Gurk kündigte der Regierung schärfste Opposition an. Die Stellung einer Oppositionspartei, so betonte Dr. Gurk, sei von der CDU nicht gesucht worden, man habe sie ihr „rücksichtslos und böswillig aufzuzwingen“. Die Gesinnung und Methoden, die sich bei der Regierungsbildung offenbart hätten, würden im Volk — vor allem in Südbaden und Südwürttemberg — nicht verstanden werden. Dem Ansehen der Demokratie und des Parteiwesens sei schwerer Schaden zugefügt worden, und viele Wähler würden sich überlegen, ob diese Art von Parteiherrschaft nicht nach Reformen schreie. Die Regierung sei widerrechtlich gebildet worden, fuhr Dr. Gurk fort. Die Koalition stütze sich auf den Norden des neuen Bundeslandes, und demzufolge habe die neue Regierung kein Anrecht auf das Vertrauen des ganzen Volkes. Wenn das Volk unmittelbar zu wählen gehabt hätte, wäre die Wahl anders ausgefallen.

Abgeordneter Gog (CDU Hohenzollern) bezeichnete die Ernennung des Kabinetts als ungültig, weil Dr. Maier die Ernennungsurkunden der Minister unterschrieben habe, bevor er zum Ministerpräsidenten gewählt worden sei. „Alle Voraussetzungen zum rechtmäßigen Funktionieren der Regierung fehlen“, sagte Gog. Das Bundesverfassungsgericht habe jedoch entschieden, daß die Verfassungsgebende Landesversammlung nicht automatisch zum Landtag des neuen Bundeslandes werde. Gog forderte das Weiterbestehen der Regierungen von Baden und Württemberg-Hohenzollern (nach dem Neugliederungsgesetz sind diese aufgelöst, sobald die Regierung des neuen Bundeslandes gebildet ist) und kündigte an, daß die CDU die Bundesregierung zum Schutze der Demokratie aufrufe.

Regierung ohne Arme und Beine
Staatspräsident Dr. Gebhard Müller, der jetzt als CDU-Abgeordneter der Verfassungsgebenden Landesversammlung angehört, erklärte, daß mit der überstürzten Bildung der neuen Regierung ein staatsrechtliches Vakuum entstanden sei. Die Regierung habe zwar einen Kopf, es fehlten ihr jedoch die Arme und Beine. Vor der Ernennung der Minister hätte das Überleitungsgesetz verabschiedet werden müssen. So aber widerspreche die Regierungsbildung dem Grundgesetz. Die Tatsache, daß Dr. Maier die Ernennung seiner Minister vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten vollzogen habe, gehöre in das Kabinett staatsrechtlicher Kuriositäten. Aus der Regierungsbildung ergäben sich staatsrechtliche Schwierigkeiten, die zweifellos zu zahlreichen Verfassungsklagen führen würden.

Regierungskoalition erwidert
Die Abgeordneten der Regierungskoalition wiesen die Behauptungen der CDU, daß die Regierung unrechtmäßig gebildet worden sei, zurück. Professor Gönnewein (DVP) stellte fest, daß die Regierung verfassungsrechtlich völlig einwandfrei gebildet worden sei. Nach dem Neugliederungsgesetz müsse der Ministerpräsident spätestens zwei Wochen nach seiner Wahl sein Kabinett ernennen. Über einen frühesten Zeitpunkt bestünden keine Vorschriften.

Der Justizminister der neuen Regierung, Abg. Renner (SPD) stellte fest, daß das Neugliederungsgesetz genügend Grundlagen zum Funktionieren einer Regierung biete. Das neue Kabinett könne zumindest die Befugnisse des bisherigen Ministerrates übernehmen. Wenn eine große Koalition mit Dr. Müller als Ministerpräsident zustandekommen wäre, hätte kein Mensch verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Alex Möller, kritisierte insbesondere die Haltung der CDU während der Regierungserklärung Dr. Maier. Er wies darauf hin, daß der neue Ministerpräsident mit einer relativ weit größeren Mehrheit gewählt worden sei als im Jahre 1949 der Bundeskanzler. Möller wandte sich ferner gegen die Behauptung der CDU, daß die neue Regierung kein Anrecht auf das Vertrauen des Volkes besitze. „Sollte die Regierung etwa nur dann dieses Anrecht haben, wenn die CDU an ihr beteiligt ist?“ fragte Möller. Der SPD-Fraktionsvorsitzende rief die CDU zur sachlichen Mitarbeit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung auf.

Des Parteihaders müde
Das Volk sei zweifellos des Parteihaders müde, stellte Abgeordneter Menges (FDP Südbaden) fest. Der Wunsch des Volkes sei es gewesen, daß in der Regierung des neuen Bundeslandes alle aufbauwilligen Kräfte zusammengefaßt werden. Menges kritisierte im übrigen die Einrichtung des Vertriebenenministeriums, das dem Grundsatz der sparsamen Verwaltung, der im Kampf um den südweststaat eine so große Rolle gespielt hat, widerspreche. Lausen (SPD) wies darauf hin, daß in der neuen Regierung fünf badische und nur drei württembergische Minister säßen.

Dr. Mocker, der Fraktionsvorsitzende des BHE, bemerkte zur Bildung des Vertriebenenministeriums, daß damit erreicht werde

sol, daß die Lage der Vertriebenen und Kriegsgeschädigten im Interesse des Volksganzen gebessert werde.

CDU verläßt den Saal

Vor der Abstimmung über einen Antrag der Koalitionsparteien auf Bestätigung der Regierung kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der die Opposition immer wieder darauf verwies, daß es bei dem Widerspruch eines Abgeordneten nicht möglich sei, nicht auf der Tagesordnung stehende Gegenstände zu behandeln. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Gurk bat die Abgeordneten der Regierungskoalition außerdem wiederholt, ihren Antrag zurückzuziehen. Nachdem die SPD in einer Abstimmung durchdrückte, daß die Verfassungsgebende Landesversammlung die Regierung sofort bestätigen soll, verließ die CDU den Saal. Bei der namentlichen Schlaßabstimmung wurde die Regierung mit 66 Ja-Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen (Komunisten und Präsident Dr. Neinhau) bestätigt.

CDU wird FDP nicht unterstützen

Scharfe Erklärung Brentanos — Auch Bonner FDP enttäuscht

Bonn (UP). Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die Deutsche Partei wandten sich scharf gegen die Beteiligung der DVP-FDP an der kleinen Koalition mit der SPD im neuen Südweststaat. Dr. von Brentano sagte, die FDP habe es offenbar aus besonderen Gründen für richtig gehalten, „sich auf die Rolle des Steigbügelhalters der SPD zurückzuziehen“. Für die Regierungspolitik in Bonn ergäbe sich aus dieser „Unterwerfung“ der FDP in Stuttgart eine neue Lage: „Die bisherige Mehrheit im Bundesrat für die Politik der Bundesregierung wird nicht mehr vorhanden sein“. Dr. von Brentano sieht es als selbstverständlich an, daß die CDU nach dieser Entscheidung in Stuttgart bei Nachwahlen oder Wahlen im Bund und in den Ländern die Kandidaten der FDP nicht mehr unterstützen werde. Was die beiden Parteien FDP und SPD gemeinsam haben, so führte Dr. von Brentano aus, würden die Wähler der Parteien sicherlich besser beurteilen können als die Abgeordneten. Die DP-Fraktion äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Der Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion gab am gleichen Tage zu, daß die Stuttgarter Koalition vom Standpunkt der Bundespolitik aus „nicht erfreulich“ sei. Ein Sprecher des Fraktionsvorstandes versicherte aber, daß seiner Fraktion von der Stuttgarter DVP mehrfach versichert worden sei, der Bundespolitik von Stuttgart aus „keine Schwierigkeiten“ machen zu wollen.

In Bonn rechnete man sich bereits aus, daß die Bildung eines Kabinetts mit sozialdemokratischer Mehrheit im Bundesrat von bisher 28 zu 15 Stimmen zu Ungunsten der Bundesregierung verschiebe, die nur noch auf 18 sichere Stimmen gegen 20 zählen kann. Mit der Bildung des Südweststaates vermindert sich die Zahl der im Bundesrat vertretenen Länder von 11 auf 9. Die Gesamt-Stimmenzahl im „Oberhaus“ verringert sich von 43 auf 38. Nur 18 davon können als sichere Stimmen der Bonner Koalition gelten; 20 hingegen — darunter die 5 des neuen Bundeslandes — müssen vielleicht in manchen Fällen als oppositionelle Stimmen gezählt werden.

(Weitere Nachrichten auf Seite 3)

Wieder US-Militärhilfe für Iran

Washington (UP). Die USA haben sich bereit erklärt, die Militärhilfe für den Iran wieder aufzunehmen, da Ministerpräsident Mossadegh versicherte, zur Verteidigung der UN beizutragen. Mossadegh hatte ursprünglich die Unterzeichnung eines Abkommens über die gemeinsame Sicherheit abgelehnt und dies damit begründet, daß es gegen die iranische Neutralität verstöße würde. Ein zwischen dem amerikanischen Botschafter Loy Henderson und Mossadegh ausgearbeitetes neues Abkommen hat jedoch die Zustimmung des Iran gefunden. Es enthält die Feststellung, daß der Iran die Prinzipien der UN-Charta unterstützen und verteidigen, so weit dies die „vorhandenen Möglichkeiten“ und die allgemeine Lage gestatten.

Prälät Kaas in Rom gestorben

Vatikanstadt (UP). Der Domherr von St. Peter, Monsignore Ludwig Kaas, ist am Freitag an den Folgen eines Herzinfalles gestorben. Prälät Kaas war bis 1933 Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei. Nach der Machtergreifung durch Hitler begab er sich nach Rom und war dort seit 1939 Leiter der Ausgrabungsarbeiten unter der St. Petersbasilika, die zur Neuentdeckung des Grabes des Apostels Petrus führten. Außerdem arbeitete er für den deutschen Nachrichtendienst des Vatikans, wobei er eine sehr scharfe Klinge gegen das nationalsozialistische Deutschland führte. Kaas wurde am 23. Mai 1881 in Trier geboren, besuchte die Theologische Fakultät in Trier und wurde 1918 Professor für Kirchenrecht an der Universität Bonn. Von 1919 bis 1933 war er als Mitglied der Zentrumspartei Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstages.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Als Dr. Reinhold Maier mit der geringen Mehrheit von drei Stimmen zum ersten Ministerpräsidenten des neuen südwestdeutschen Bundeslandes gewählt wurde, beendeten damit automatisch die bisherigen Einzelstaatliche Existenz. Die künftigen Schicksale Badens und Württembergs werden allerdings nur von einer kleinen Koalition bestimmt, nachdem parteitaktische und persönliche Gesichtspunkte die stärkste Partei in die Opposition drängten. Da die CDU Gelegenheit bekam, die staatsrechtliche Legalität der eilig gebildeten Regierung anzufechten, stand die Geburtsstunde des Südweststaats unter unerschütterlichen Gestirnen. Der Kampf, den man nach dem Volksentscheid vom 9. März beendet glaubte, dürfte also nun erst recht wieder entbrennen.

Im zentralen Mittelpunkt des gesamtdeutschen Blickfeldes stand in dieser Woche die große Saardebatte im Bundestag. Obgleich man verschiedener Auffassung darüber sein kann, ob es politisch zweckmäßig ist, in einer so diffus gewordenen Angelegenheit die deklaratorischen Fähigkeiten einzelner Parteiführer zu erproben, erbrachte diese Diskussion doch eine begrüßenswerte Klarstellung der gegenwärtigen Sachlage und der Ursachen, auf die sie zurückzuführen ist. Der Bundestag bekannte sich einmütig zur Proklamation des deutschen Charakters des Saarlandes und zur Forderung, daß seine 900 000 Bewohner, denen 1947 mit der brutalen Drohung, ihre Industrie total zu demontieren und alle Lebensmittellieferungen einzustellen, die Billigung einer von Separatisten verfertigten Verfassung abgepreßt wurde, endlich die persönlichen Freiheiten und die demokratischen Menschenrechte erhalten müssen, auf die sie nach der Charta der Vereinten Nationen nicht nur moralischen, sondern auch juristischen Anspruch haben.

Als Dr. Adenauer die Grundsätze seiner Saarpolitik erläuterte, vermochte er nicht viel an positiven Gesichtspunkten vorzubringen; die in jeder Hinsicht negative Haltung Frankreichs gegenüber allen Verständigungsversuchen zwang ihn sogar zum resignierenden Geständnis, daß er zur Zeit keine Lösungsmöglichkeiten mehr sehe. Zwar hat sich ein Sprecher des Quai d'Orsay sofort darauf bemüht, die Verhandlungsbereitschaft zu betonen, aber diese wurde an Bedingungen geknüpft, die jede Hoffnung auf Erfolg illusorisch machten. Denn selbstverständlich ist es sinnlos, sich zuerst über einen künftigen Status der Saar unterhalten zu wollen, wenn nicht einmal dessen primitivste Voraussetzungen gegeben sind, nämlich die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte des Saarlandes und die Durchführung freier Wahlen. Auch am Quai d'Orsay weiß man, daß ein Hausbau mit den Fundamenten und nicht mit dem Dachgerüst begonnen wird; das jetzige „Angebot“ ist also nichts als Spiegelfechterei, um von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Die entscheidende Frage ist nun: Welche Möglichkeiten besitzt der Bundeskanzler, um doch noch eine Änderung des unerträglich gewordenen Zustandes an der Saar herbeizuführen? Die nächstliegende wäre, die seinerzeit zurückgezogene Denkschrift erneut dem Ministerkomitee des Europa-Rates vorzulegen, der am 22. Mai in Straßburg zusammentritt. Der zweite Weg wäre das Ersuchen an England und die USA, ihre „guten Dienste“ bei einer „Vermittlung“ zur Verfügung zu stellen. Während diese beiden Wege beschreibbar sind, eröffnet sich ein dritter nur in weiter Ferne, nämlich ein Appell an die Vereinten Nationen, wozu die Bundesrepublik aber erst in der Lage wäre, wenn sie nach Rückgewinnung ihrer Souveränität am Tage der Ratifizierung des Generalvertrages und des Europa-Armee-Vertrages ihre Aufnahme in dieses Gremium erreicht hätte.

Der Abschluß der genannten Verträge scheint inzwischen in geringerer Nähe gerückt zu sein, als bisher zu erwarten war. Dr. Adenauer hat die Unterzeichnung des Generalvertrages und der Zusatzabkommen bis spätestens 12. Mai in Aussicht gestellt, während die Delegationsführer bei der Europa-Armee-Konferenz schon am 3. Mai ihre Namenszüge unter das von ihnen erarbeitete Dokument setzen sollen. Dabei tauchte übrigens die für alle Beteiligten interessante Frage auf, wie die USA — nach den Worten Achesons — „ihre bleibende Interesse an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zum Ausdruck bringen können. Dabei dürfte als sicher anzunehmen sein, daß Washington sich zur Waffenhilfe für die Bundesrepublik im Falle eines Krieges verpflichtet wird; komplizierter ist dagegen für die Amerikaner der französische Wunsch, eine Garantie gegen ein „Ausbrechen“ Deutschlands zu erhalten.

Selbstverständlich kreisen Frankreichs Befürchtungen immer wieder um dieses Thema, obgleich die Bundesregierung sich in ihrer Westorientierung so eindeutig festgelegt hat, daß sie sich immer wieder den Tadel ihrer Opposition zuzieht, die zum Beispiel ein Vier-Mächte-Gespräch über Deutschland für vorranglicher hält als alle anderen Probleme. Natürlich besteht kein Zweifel daran, daß man in Bonn keine Chance übersehen darf, die der Wiedervereinigung Deutschlands günstig wäre. Und darum liegt auch eine gewisse, allerdings sehr kleine Hoffnung in dem Umstand, daß die Westmächte in ihrer neuen

Antwort an Moskau die Türe für Verhandlungen nicht zuschlagen wollen, obwohl sie nach den seitherigen Erfahrungen wenig Lust bezeigen, sich wieder mit den Sowjets um einen grünen Tisch zu setzen.

Recht geheimnisvoll erscheint in diesem Zusammenhang allerdings der überraschende Besuch des Leiters der britischen Ost-Europa-Abteilung in Moskau. Man bezeichnet in London zwar diese Reise des Unterstaatssekretärs Mason als eine „Routine-Angelegenheit“, aber es liegt doch wohl auf der Hand, daß Mason bei seinen Gesprächen mit russischen Staatsmännern sowohl das Deutschland-Problem wie den Ost-West-Handel berühren wird.

Auch sonst sind die Engländer zur Zeit diplomatisch recht aktiv. Aus den Konferenzen in der Downing-Street, an denen der Oberbefehlshaber im Nahen Osten, der bisherige Botschafter in Kairo, der Generalgouverneur im Sudan und zeitweise der ägyptische Botschafter teilnahmen, schält sich immer deutlicher ein Kompromiß heraus: Sollte Ägypten bereit sein, bezüglich der Sicherheit des Suez-Kanals und des Selbstbestimmungsrechtes der Sudanesen Konzessionen zu machen, wäre London möglicherweise geneigt, Faruk als König des Sudan anzuerkennen. Nur ein einziger europäischer Staat, nämlich Spanien, hat dies bisher getan; kein Wunder also, daß dessen Außenminister Artajo zur Zeit in Ägypten in auffälliger Weise festhält.

Bei einem Blick über den Ozean wird die Aufmerksamkeit der Chronisten hauptsächlich von den Schlagzeilen der amerikanischen Presse gefesselt, die nach den Vorwahlen in Pennsylvania den General Eisenhower im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur wieder an der Spitze sieht. Dabei ist nicht zuletzt auffallend, wie wenig Truman sich an dieser Entwicklung zu interessieren scheint. Er piff sogar hörbar auf den Verlauf in den Wahlkämpfen, als er dem Kongreß offen den Kampf absagte, nachdem das Repräsentantenhaus das Militärbudget von 50,9 Milliarden auf 46,2 Milliarden Dollar kürzte. Es wäre ein Novum in der Geschichte des amerikanischen Parlamentarismus, wenn es Truman gelänge, mit der Drohung der Urteilsperre die Abgeordneten zur Annahme seiner Forderungen zu zwingen.

Heuss pflanzte Ahornbaum in Bonn

Bonn (UP). Der Ehrenprotector der Schutzgemeinschaft deutscher Wald, Bundespräsident Heuss, pflanzte im Bonner Hofgarten einen Ahornbaum. Der Bundespräsident trat damit persönlich zum Gelingen der Bonner Veranstaltung zum „Tag des Baumes“ bei und unterstützte die Bemühungen der Wald- und Naturfreunde, „daß überall in den deutschen Ländern der deutsche Wald gepflegt, gehütet und geschützt wird“, wie Bundesinnenminister Dr. Lehr als Präsident der Schutzgemeinschaft deutscher Wald in seiner Begrüßungsansprache erklärte. Im ganzen Bundesgebiet fanden zum „Tag des Waldes“ ähnliche Veranstaltungen statt.

Es besteht kein Zweifel...

Weitere Aussagen im Katyn-Ausschuß

Frankfurt/Main (UP). Vor dem amerikanischen Kongreßausschuß zur Untersuchung der Massenmorde an polnischen Offizieren bei Katyn äußerte sich am Freitag Karl Genschow, Leiter der ehemaligen Genschow-Waffen- und Munitionsfabriken, zu den Munitionsaufänden an den Grabetätten. Die internationale Untersuchungskommission hatte dort 1943 eine Unmenge Patronenhülsen mit der Aufschrift „Geco“ gefunden. Genschow sagte unter Eid aus, daß sein Werk nach 1928 nur etwa 3000 Schuß Pistolenmunition des Kalibers 7,65 mit dieser Bezeichnung nach der Sowjetunion exportiert habe. Außerdem seien aber je 90 000 Schuß nach Estland, Lettland und Litauen verschickt worden, die nach 1940 von den Sowjets besetzt wurden.

Ein gebürtiger Russe, namens Mathias Skarginy, der als Dolmetscher beim 9. Armeekorps war und im Auftrage der Heeresgruppe Mitte die ersten Vernehmungen der russischen Zivilbevölkerung durchgeführt hat, sagte, es gebe keinen Zweifel, daß die Transporte mit den polnischen Gefangenen im Frühjahr 1940 bei Katyn ausgeladet worden und im Walde für immer verschwunden seien.

Gasexplosion zerstört Zweifamilienhaus

München (UP). Eine Leuchtgas-Explosion verwandelte ein Zweifamilienhaus in München-Laim in ein einziges Trümmerfeld. Nach den Ermittlungen des Brand-Dezernats der Münchner Polizei war aus einem schadhaften Gas-Schlauch Leuchtgas ausgeströmt, das sich am Motor eines Kühlchrankses entzündete und explodierte. Das zerstörte Haus wurde von dem amerikanischen Zivilangestellten William Blake und dessen Frau bewohnt, die jedoch zur Zeit der Explosion nicht im Hause weilten. Die einzige Anwesende, eine deutsche Hausangestellte, kam mit dem Schrecken davon und blieb wie durch ein Wunder unverletzt. Nur eine Dogge wurde getötet.

Terror gegen Saar-Parteien

Gründungsversammlungen verboten

Saarbrücken (UP). Im Amtsblatt des Saarlandes sind die Ausführungsbestimmungen zum Parteizulassungsgesetz veröffentlicht worden. Die Parteien, deren Anträge von der Regierung genehmigt werden, können noch im Mai ihre Tätigkeit aufnehmen. Auf Verlangen des Ministers des Inneren müssen die Gründungsmitglieder einer Partei ihre saarländische Staatsangehörigkeit nachweisen und bescheinigen, daß sie seit mehr als einem Jahr ihren ununterbrochenen Wohnsitz im Saarland haben. Die Zulassungsanträge werden von einem Bekenntnis zur Saarverfassung abhängig gemacht.

Die bereits von der CDU und den Sozialdemokraten eingereichten Zulassungsanträge wurden abgelehnt, da sie angeblich „unzureichend“ waren. Die Gründungsversammlungen der beiden Parteien, die am Samstag stattfinden sollten, wurden verboten.

SPD lehnt Aussprache mit Adenauer ab

Moskaus Deutschland-Note sollte erörtert werden - Schumacher machte drei Vorschläge

Bonn (UP). Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages hat es abgelehnt, drei ihrer Mitglieder zu einer Aussprache mit dem Bundeskanzler über die letzte Deutschland-Note der Sowjets zu entsenden. Dr. Adenauer hatte sich zu einer solchen Unterredung auf Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher bereit erklärt und dem SPD-Vorstand mitteilen lassen, daß er Freitagabend für einen geeigneten Zeitpunkt halten würde.

Der Oppositionsführer hatte dem Bundeskanzler in einem drei Seiten langen Schreiben konkrete Vorschläge für die Behandlung der letzten Deutschland-Note des Kremls unterbreitet. Auf Wunsch Dr. Adenauers sah die SPD von einer Veröffentlichung dieses Briefes zunächst ab, weil der Kanzler eine ausführliche Behandlung der darin angeschnittenen Fragen zugesichert und ferner darauf hingewiesen hatte, daß eine Veröffentlichung seine Verhandlungen mit den Westalliierten stören würde. „Mit Entrüstung“ hat die SPD dann aber festgestellt, daß der Bundeskanzler die in dem Schreiben Schumachers angeschnittenen Probleme in einem Rundfunkinterview bereits vor der Öffentlichkeit behandelt habe. Diesen Vorwand benützend, teilte der SPD-Vorstand Dr. Adenauer mit, daß nach seiner Auffassung die Voraussetzungen für ein gemeinsames Gespräch entfallen seien.

Schumacher hatte drei Möglichkeiten für eine internationale Kontrolle gesamtdeutscher Wahlen aufgezählt: a) durch die Vereinten Nationen, b) durch eine neutrale Kommission, c) durch die vier Großmächte selbst. Er hatte sich ferner dafür eingesetzt, möglichst bald zu Viermächte-Verhandlungen über Deutschland zu kommen. Es solle nichts unverändert bleiben, um festzustellen, ob die Sowjetnote eine Möglichkeit biete, die Wiedervereinigung in Freiheit durchzuführen.

Den sowjetischen Vorschlag, die Prüfung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen durch eine Viermächte-Kommission vornehmen zu lassen, nannte Dr. Schumacher in dem Brief an den Kanzler „ein Zugeständnis gegenüber der bisher absolut ablehnenden Haltung der Sowjetregierung zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen“. Mit den im Schreiben an Adenauer aufge-

zeigten Vorschlägen sehe er aber noch nicht alle Möglichkeiten zur positiven Ausnutzung der Sowjetnote vom 9. 2. erschöpft.

In einem zweiten Brief an den Kanzler wiederholt Schumacher den Wunsch der SPD, daß eine Viermächte-Konferenz zustandekommen möge. Dr. Adenauer hatte sich am Vorabend in einem Rundfunk-Interview unter gewissen Bedingungen ebenfalls für Viermächte-Verhandlungen ausgesprochen.

Die Meinung Ollenbauers

Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenbauer, bezeichnete es in einer Rundfunkrede als Aufgabe der Bundesrepublik, jede Möglichkeit für eine Vier-Mächte-Konferenz zu fördern. Die bisherige Auffassung der Bundesregierung aber verhindere eine internationale Diskussion. Die SPD sei ohne jede Illusion der Meinung, daß „sobald als möglich und so eindeutig wie möglich“ festgestellt werden müsse, ob die Sowjets ernsthaft über die Wiedervereinigung verhandeln wollen. Scheitern Verhandlungen über freie Wahlen, dann seien alle weiteren Diskussionen nutzlos.

Der Bundeskanzler aber sei viel eher daran interessiert, Deutschland schnell in den Westen einzugliedern. „Er will die Eingliederung praktisch um jeden Preis und unter allen Umständen“. Die Saarfrage sei ein Beweis dafür, daß es nicht nur Gegensätze zu den Sowjets, sondern auch mit den Westalliierten gäbe. Die gegenwärtigen Vertragsverhandlungen würden zudem scheinbar auch durch den Wahlkampf in den USA forciert. Dr. Adenauer habe seine Außenpolitik völlig den westalliierten Vorstellungen untergeordnet. Im Lager des Westens aber gäbe es viele Kräfte, die gar keine Wiedervereinigung Deutschlands wollen.

Adenauer traf Kirkpatrick

Am Freitag war der Kanzler Gast des britischen Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick anlässlich eines Essens in kleinem Kreise, an dem von deutscher Seite auch Ministerialdirektor Blankenhorn und Dr. von Brentano teilnahmen. Es wird angenommen, daß die westalliierte Antwortnote, der gegenwärtige Stand der Vertragsverhandlungen in Bonn und die Entwicklung der Saarfrage, dort gesichtsweise erörtert worden sind.

Bundesrat gegen Mietpreisreform

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht - US-Anleihe gebilligt

Bonn (UP). Der Bundesrat will noch einmal zur sogenannten kleinen Mietpreisreform Stellung nehmen und vor dem Bundesverfassungsgericht zu einer dort anhängigen Klage seine Meinung äußern. Es handelt sich hierbei um einen Antrag der niedersächsischen Landesregierung, die Nichtigkeit der Regierungsverordnung über Ausnahmen vom Mieterschutz festzustellen. Der Bundesrat hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Verordnung vom 27. Nov. 1951 rechtswirksam ist, weil sie ihm nicht zur Zustimmung vorgelegt wurde. Die Bundesregierung hatte demgegenüber auf der Rechtsgültigkeit ihrer Verordnung bestanden.

Der Bundesrat beschloß ferner, zu dem vom Bundestag bereits verabschiedeten Gesetzentwurf über das landwirtschaftliche Pachtwesen den Vermittlungsausschuß anzurufen. Die Ländervertreter sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung über das Heuerlingswesen den beteiligten Ländern überlassen werden müsse. Dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetz über die Aufnahme einer von den USA in Form einer Anleihe gewährten Wirtschaftshilfe stimmte der Bundesrat zu. Die USA stellen dem Bund im amerikanischen Fiskaljahr 1951/52 einen Betrag von 106 Millionen Dollar zur Verfügung, von denen 89,1 Millionen Dollar als Schenkung, der Rest von 16,9 Millionen Dollar als Darlehen gegeben werden. Mit Rücksicht auf die niedrige Verzinsung von 2½ Prozent und dem Tilgungstermin ab 1960 stimmten die Ländervertreter dem Gesetzentwurf zu.

Auch der Regierungsentwurf zur Deckung der Rentenzulage wurde vom Bundesrat angenommen. Nach diesem Gesetz übernimmt der Bund von den durch Zulagen entstehenden Aufwendungen für das laufende Rechnungsjahr 90 Prozent, während die restlichen 10 Prozent von den Versicherungsträgern aufzubringen sind.

Bundeskanzler Adenauer besprach mit den Ministerpräsidenten und Finanzministern der Länder, soweit sie den Regierungsparteien angehören, den Lastenausgleich. Die zuständigen Bundesminister und Bundestagsabge-

ordneten der Koalitionsparteien nahmen ebenfalls an der Besprechung teil. Wie verlautet, haben Vertreter der Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien erklärt, daß das Lastenausgleichsgesetz im Bundestag auf alle Fälle vor der parlamentarischen Behandlung des Generalvertrags und des Europa-Armeevertrags behandelt werden sollte.

US-Geheimdienst warnte den Kanzler

Wer ist für den Dokumenten-Diebstahl verantwortlich

Bonn (UP). Der mit der Untersuchung der Dokumenten Diebstähle im Bundeskanzleramt beauftragte Bundestagsausschuß prüfte die Frage, wer die Vervielfältigung der geheimen Protokolle und Dokumente durch den Amtsgehilfen Johannes Kaiser zu überwachen hatte. Der für den inneren Dienstbetrieb verantwortliche Ministerialbürodirektor Brüggemann erklärte vor dem Ausschuß, die Geheimnisse seien seiner Aufsicht ausdrücklich entzogen, die Verantwortung dafür trage vielmehr der Protokollführer bei den Kabinettsitzungen, Ministerialrat Grumbel. Dieser aber sagte aus, daß die Geheimnisse der direkten Aufsicht von Ministerialdirektor Dr. Globke unterliegen und Brüggemann mitverantwortlich für die technische Behandlung der Dokumente sei. Dr. Globke gab bei seiner Vernehmung zu, zusammen mit Brüggemann verantwortlich zu sein.

Weitere Zeugen sagten aus, der amerikanische Geheimdienst habe das Bundesamt für Verfassungsschutz davon unterrichtet, daß ihm Geheimakten aus dem Bundeskanzleramt angeboten worden seien. Dieser Hinweis führte unter anderem zur Aufdeckung der Diebstähle. Zeugenaussagen ergaben ferner, daß vor der Aufdeckung dieses Falles bereits zwei Amtsboten versetzt worden waren, weil sie im Verdacht standen, an der Beiseitenschaffung von Briefen des Bundeskanzlers beteiligt gewesen zu sein. Die Briefe seien in Zeitungen der sowjetischen Besatzungszone photokopiert wiedergegeben worden. Der Fall sei nie aufgeklärt worden.

Antwort an Moskau wird verzögert

Adenauers Rede überraschte - Das Konzept der Deutschland-Note

London (UP). Dr. Adenauers Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands hat die Verhandlungen über die Antwort der Westmächte auf die letzte sowjetische Deutschland-Note verlangsamt. In britischen Regierungskreisen wurde erklärt, es sei nicht anzunehmen, daß die Westmächte Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen, solange der Kreml unachgiebig bleibt. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Antwortnote folgende Gedankengänge enthalte: Keine Festlegung der Westmächte; eine internationale Überwachung der gesamtdeutschen Wahlen wird einer Vier-Mächte-Kontrolle vorgezogen; keine Neutralisierung eines geeinten und bewaffneten Deutschlands; Ablehnung einer deutschen Nationalarmee; Aufforderung zu einem weiteren Meinungsaustausch. In jedem Falle dürfte feststehen, daß eine Deutschland-Konferenz der Westmächte mit der Sowjetunion erst nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Generalvertrag und die

Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Frage kommt.

Paris ist beunruhigt

Die Ausführungen Dr. Adenauers im Nordwestdeutschen Rundfunk haben in Paris große Beunruhigung ausgelöst. Die Presse und Sprecher der Regierung beschuldigen ihn, in seiner Politik einer Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft eine Schwankung vorgenommen zu haben. Am Quai d'Orsay erklärte man, Adenauers Ausführungen seien „überraschend, wenn nicht erstaunlich“. Besonders kritisiert wird die Feststellung des Kanzlers, daß die Ratifizierung der Verträge durch den Bundestag und Bundesrat keine endgültig vollendete Tatsache für einen gesamtdeutschen Staat wäre. In französischen Regierungskreisen wurde dazu gesagt, diese Auslegung sei das Gegenteil dessen, was Dr. Adenauer bisher erklärt habe, nämlich daß die Bonner Regierung die einzige rechtmäßige deutsche Regierung sei, daß sie für ganz Deutschland spreche und daß die von ihr

abgeschlossenen Verträge für ganz Deutschland bindend seien.

In Bonner Regierungskreisen wurde diese französische Kritik mit „Erstaunen“ zur Kenntnis genommen. Man macht in diesen Kreisen darauf aufmerksam, daß sich die drei Westmächte — einschließlich Frankreich — stets für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eingesetzt und für den Generalvertrag eine diesbezügliche Revisionsklausel vorgesehen hätten. In vielen Noten an die Sowjetunion sei zudem der provisorische Charakter der Bundesrepublik auch von Frankreich unterstrichen worden.

Keine „Rapallo“-Tendenzen

Bundesminister Kaiser führte in Berlin Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland und trat gleichzeitig bei den Westmächten geäußerten Befürchtungen über „Rapallo“-Tendenzen in einem wiedervereinigten Deutschland entgegen. Kaiser, der auf einer Kundgebung zum CDU-Landesparteitag sprach, rief das deutsche Volk auf, die Westmächte davon zu überzeugen, „daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit keine Gleichgewichtstörung der freien Welt bedeutet.“ Obwohl „eine Schwalbe noch keinen Sommer“ mache, schein „ein Neues in die sowjetische Politik“ gekommen zu sein. Dieses „Neue“ müsse in Vier-Mächte-Verhandlungen ergründet werden. Die von den Panikow Machthabern geforderten „gesamtdeutschen Beratungen“ kämen für die Bundesregierung nicht in Frage, da Grozewski, Ulbricht und Dertinger „nichts anderes als Marionetten“ seien.

Dänisch-norwegische Besprechungen

Geheimnisvolle Konferenz in Oslo

Oslo (UP). Die Außen- und Verteidigungsminister Dänemarks und Norwegens trafen überraschend zu geheimen Besprechungen in Oslo zusammen. Kurze Zeit nachdem der dänische Außenminister Kraft und der Verteidigungsminister Petersen an Bord des dänischen Schiffes „Kronprinz Olav“ in Oslo eingetroffen waren, schlossen sich die Türen des Sitzungszimmers im norwegischen Außenministerium, in dem die Besprechungen stattfanden. Ein Sprecher des norwegischen Außenministeriums erklärte, er könne nicht sagen, wie lange die Verhandlungen dauern werden, es sei auch nicht beabsichtigt, nach Abschluß der Konferenz ein Communiqué herauszugeben. Gerichte, daß auch ein schwedischer Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen wird, wurden von dem Sprecher demontiert.

Norwegen erhöht Verteidigungsbudget

Oslo (UP). Das norwegische Verteidigungsministerium hat eine Erhöhung der Militärausgaben um 105 Millionen Kronen auf 972 Millionen Kronen beantragt (eine norwegische Krone = 56 Dpf.). Norwegen plant eine Armee von elf Brigaden mit insgesamt 44 000 Mann aufzustellen, und die Militärdienstpflicht von 12 auf 18 Monate zu verlängern.

Acheson drängt auf schnellen Abschluß

Botschaften an die Außenminister - Noch mehrere offene Fragen

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson hat sich in persönlichen Botschaften an die Außenminister der an der Europa-Armee beteiligten Staaten und Großbritannien für einen beschleunigten Abschluß des europäischen Verteidigungsabkommens und des Generalvertrages mit Westdeutschland eingesetzt.

Nach Angaben unterrichteter Kreise in Washington betraf der Hauptinhalt der Botschaften den Zeitpunkt und den Ort der Unterzeichnung dieser Verträge. Dabei soll Den Haag für die Unterzeichnung des europäischen Verteidigungsabkommens und Bonn für die Signierung des Generalvertrages vorgeschlagen worden sein. Es steht jedoch noch nicht fest, in welcher Reihenfolge beide Schriftstücke unterzeichnet werden sollen. Acheson habe sich, so verlautet aus Washingtoner Regierungskreisen, unter anderem besonders deshalb für einen beschleunigten Abschluß der Verträge eingesetzt, um sie dem Senat vorlegen zu können, bevor dieser Anfang Juli wahrscheinlich in eine lange Sitzungspause tritt.

Die militärischen Sachverständigen, die in Paris über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verhandelt, haben Samstag, den 3. Mai, als Abschlusstermin für ihre Arbeiten vorgemerkt. Wenn auch die meisten Punkte des Vertrages geklärt sind, bleiben doch noch einige Fragen offen, die auf diplomatischer Ebene entschieden werden müssen, wie z. B. die Aufschlüsselung des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrages. Unentschieden ist ferner noch die Dauer der Militärdienstzeit — 18 oder 24 Monate — und die Besetzung der gemeinsamen Streitkräfte Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der drei Benelux-Staaten.

Mit US-Waffen gegen Tunesier?

New York (UP). Nordafrikanische Nationalisten ersuchten den UN-Generalsekretär Trygve Lie, alle UN-Mitgliedstaaten zur Unterbrechung jeder militärischen und finanziellen Hilfeleistung an Frankreich aufzufordern, bis die Tunesien-Streitfrage gelöst sei. In einer Botschaft von sechs Nationalistenführern Tunesiens, Algeriens und Marokkos wird Lie außerdem gebeten, eine Untersuchung einzuleiten, ob Waffen, die Frankreich nach den Bestimmungen des Atlantikpaktes zur Verfügung gestellt wurden, nicht in Tunesien verwendet werden. Der Vertreter der tunesischen Nationalisten bei den UN, Bahl Ladgham, erklärte auf einer Pressekonferenz, der Block der afrikanisch-asiatischen Nationen werde in Kürze beantragen, eine Sonderstagung der UN-Vollversammlung einzuuberufen, um den französisch-tunesischen Streit zu beraten. Es sei ferner möglich, daß in Tunesien so ernste Ereignisse eintreten, daß der Fall wieder dem Sicherheitsrat unterbreitet werden muß.

Umschau in Karlsruhe

Treffen der ehemaligen 35. I. D.

Karlsruhe (ZSH). Verbunden mit einer Großaktion des Suchdienstes des Roten Kreuzes trifft sich die 35. Friedens- und Kriegsdienst (Fischdivision) mit den Truppenteilen: I.R. 34, I.R. 109, I.R. 111, A.R. 33, Aufkl. Abt. 35, Pz. Jäg. Abt. 35, Nachr. Abt. 35, Pl. Btl. 35, Div. Nachschubtruppen, Werkstatt-Kp. 35, Feldgend. Trupp 35, San. Einheiten 35, L./A.R. 71, II./A.R. 77, MG. Btl. 5 und ihren Ersatztruppenteilen am 17. und 18. Mai 1952 in Karlsruhe zu ihrer ersten Wiedersehensfeier nach dem Kriege.

Eine recht teure „Weinprobe“

Karlsruhe (IsW). Teuer kamen einen 37 Jahre alten Kaufmann aus Karlsruhe sechs Flaschen Wein zu stehen. Von Anfang November bis Mitte Dezember stattete er dem Lager-raum im Keller eines im gleichen Hause wohnenden Lebensmittelhändlers drei Besuche ab, wobei er sich mit sechs Flaschen Wein und einer Flasche Bier im Wert von 16 DM eindeckte. Der Kaufmann, der in den besten Verhältnissen lebt und monatlich 800 DM verdient, trank die Flaschen in seiner Wohnung aus. Bei der letzten „Weinprobe“ fielen ihm zwei gezeichnete Flaschen in die Hände, die ihm bei einer von dem Lebensmittelhändler veranlaßten Wohnungsdurchsuchung zum Verhängnis wurden. Vor Gericht konnte der Kaufmann keine Erklärung dafür geben, wie die Flaschen in seinen Besitz gelangt waren. Das Gericht verurteilte ihn zu 400 DM Geldstrafe.

Aus der badischen Heimat

Amerikaner „konservieren“ Rheinbrücke

Mannheim (Irp). Die 1945 von den amerikanischen Truppen zwischen Mannheim und Ludwigshafen gebaute hölzerne Rheinbrücke wird zur Zeit im Auftrag der amerikanischen Besatzungsmacht „konserviert“. Auf der Ludwigshafener Seite wird die Brückenauffahrt, die bisher von Holzpfählen getragen wurde, mit Beton gefestigt. Außerdem sollen der gesamte Holzbelag der Fahrbahn erneuert und die übrigen Brückenpfeiler mit einer schützenden Lösung imprägniert werden.

Das letzte Wort noch nicht gesprochen

Wohleb zur Ministerpräsidenten-Wahl

Waldshut (IsW). Der südbadische Staatspräsident Wohleb erklärte in Waldshut, es habe den Anschein, als ob ein großer Teil des badischen Volkes gewissen Parteieninteressen zuliebe von der Mitarbeit am staatlichen Aufbau im deutschen Südwesten ausgeschlossen werden solle. Er hoffe jedoch, daß auf lange Sicht gesehen, das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

Das badische Volk, das bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. März ein deutliches Wort gesprochen habe, sei da und bleibe da. Es werde aufmerksam verfolgen, was in Stuttgart vor sich geht. Er sei überzeugt, sagte Wohleb, daß man beim Aufbau der neuen Staatlichkeit im Südwesten alle Kräfte des badischen Volkes brauche. Der Staatspräsident betonte, man habe bisher von Baden aus alles getan, um sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und loyal mitzuarbeiten.

Staatspräsident Wohleb, der am Freitag in Waldshut die Ausstellung „Wirtschaftskraft am Oberrhein“ eröffnete, sagte ferner, die Ausstellung sei ein Beweis dafür, daß Südbaden für das deutsche Hochrheingebiet sehr viel getan habe. Um so schmerzlicher sei es, heute, an dem Tage, an dem in Stuttgart der Ministerpräsident des neuen Bundeslandes gewählt werde, daran denken zu müssen, daß dem Lande Baden seine Selbständigkeit verloren gegangen sei und der Start des neuen Landes vielen Badenern gar nicht gefalle.

CDU antwortet der DVP/FDP

Die CDU-Fraktion hat noch am Freitag nachmittag eine Gegenerklärung zu der jüngsten Erklärung der DVP/FDP-Fraktion veröffentlicht, in der die Demokraten die CDU für das Scheitern der Koalitionsbesprechungen verantwortlich gemacht hatten. In der Stellungnahme heißt es, die CDU habe Verständnis für das Bedürfnis der DVP, „ihre verantwortlichen Verhalten bei der Bildung der Koalition vor den schwer enttäuschten Wählern zu rechtfertigen.“ Die Methode der DVP, die CDU durch Verdrehung von Tatsachen zum Schuldigen zu stempeln, entspreche ihrem Vorgehen bei der Regierungsbildung. Es sei unwahrscheinlich, daß die CDU der SPD eine Koalition CDU/SPD angeboten habe. Sie habe vielmehr lediglich mit beiden Parteien die Frage erörtert, was geschehen solle, wenn eine Große Koalition nicht zustande kommt. Die DVP sei dem wiederholten dringlichen Angebot, Besprechungen mit der CDU zu führen, unter haltlosen Vorwänden ausgewichen.

DVP-Fraktion zur Haltung der CDU

Die Fraktion der DVP/FDP stellte in einer Entschließung fest, daß die CDU der SPD angeboten habe, eine Regierung zwischen CDU und SPD ohne die DVP/FDP zu bilden. Ferner wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß die CDU wichtigen politischen, kulturellen und verwaltungsorganisatorischen Fragen ausgewichen sei. Die CDU habe erklärt, daß sie es auf eine Übereinstimmung in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ankommen lassen würde. Damit habe sie zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen sei, ihre anfänglichen Auffassungen aufrechtzuerhalten. Aus dieser Haltung sei eindeutig ersichtlich, daß die Gefahr einer ständigen Opposition innerhalb der Koalition erwachsen wäre. Die Fraktion der DVP/FDP bedauere, daß unter diesen Umständen die von ihr angestrebte Große Koalition nicht habe zustande kommen können.

gen. Der Grund für die „Konservierung“ der Brücke, ist bisher noch unbekannt.

Schwarzer Mann um Mitternacht

Mannheim (UP). Um Mitternacht fuhr dieser Tage eine Frau voller Schrecken aus dem Schlaf hoch, weil ein farbiger Soldat in ihrem Zimmer stand und ihr die Bettdecke fortgezogen hatte. Auf ihr aufgeregtes Rufen hin trat der seltsame Gast wortlos den Rückzug durch das Toilettenfenster an, durch das er auch eingestiegen war.

Heidelberg. Dem Vorsitzenden der Studiengemeinschaft der evangelischen Akademien, Professor Dr. Siebeck, ist von der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg der theologische Ehrendoktor verliehen worden. (IsW)

Rotary-Kongress in Baden-Baden

Baden-Baden (IsW). In Baden-Baden wurde die Jahresagung des 74. Distrikts der Rotary-International (Westdeutschland) eröffnet. Vizepräsident Olsen (Stavanger), der den Kongresteilnehmern die Grüße des Präsidenten von Rotary International, Frank Espin, übermittelte, betonte, daß die Freundschaft und die Kameradschaft der Rotarier in aller Welt auch die langen Kriegsjahre überdauert habe. Rotary betrachte es nach wie vor als vornehmste Aufgabe, die internationalen Beziehungen von Mensch zu Mensch zu pflegen und so zum Frieden und zum Verständnis unter den Völkern beizutragen. An dem dreitägigen Kongress nehmen rund 750 Personen teil, darunter Gäste aus Frankreich, Holland, Italien und dem Saargebiet.

Nach acht Jahren heimkehrte

Überlingen (swk). Der letzte Kriegsgefangene der Gemeinde Neufnach bei Überlingen am Bodensee kehrte nach achtjähriger Gefangenschaft in die Heimat zurück. Er war zuletzt in einer Autoreparaturwerkstätte eines Uranbergwerkes im Erzgebirge dienstverpflichtet.

Konstanz. Das ursprünglich für Ende Mai geplante internationale Dichtertreffen am Bodensee ist auf Ende September verlegt worden. (IsW)

Konstanz. Im Kreis Konstanz stehen in diesem Jahr nur 1,3 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Mit diesem Betrag kann knapp ein Drittel der beantragten Gesamtsumme für Baudarlehen gedeckt werden. (IsW)

Kabinetts hielt erste Sitzung ab

Fernschreiben an Dr. Adenauer

Stuttgart (IsW). Das neugebildete südwestdeutsche Kabinetts hielt bereits nach der Verfassungsgebenden Versammlung seine erste konstituierende Sitzung ab. Anschließend richtete Ministerpräsident Dr. Maier Fernschreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundesinnenminister Dr. Lehr, den Bundesratspräsidenten und die drei südwestdeutschen Landesregierungen, in denen er offiziell mitteilte, daß er zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Landes gewählt worden sei und, gemäß den Bestimmungen des zweiten Neugliederungsgesetzes, eine vorläufige Regierung gebildet habe.

Die Befugnisse der Ministerien

Verfassungsausschuß tagte in Stuttgart. Stuttgart (dpa). Der Verfassungsausschuß der Verfassungsgebenden Landesver-

Die Stärke der Gewerkschaft

Fette auf dem Angestelltentag

Stuttgart (IsW). In Stuttgart-Degerloch wurde der erste Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden des DGB, Christian Fette, eröffnet. An der Tagung nahmen 250 Delegierte, 250 Gastdelegierte und etwa 100 Ehrengäste aus Schweden, Holland, Österreich, Belgien, England und dem Saargebiet teil. Unter den ausländischen Gästen befanden sich der Vorsitzende des Internationalen Bundes der freien Gewerkschaften, Heyer (Brüssel) und der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Privatangestellten, Spiekemann (Holland). Die Tagung wird bis zum 27. April dauern.

Der Grundsatz der gewerkschaftlichen Einheit, wie er vom DGB schon seit 1920 als Idee vertreten worden sei, sei seit dem Jahre 1945 durch die Praxis bestätigt worden, erklärte Christian Fette, der Bundesvorsitzende des DGB, auf dem Angestelltentag. Der DGB mit seinen sechs Millionen Mitgliedern repräsentiere heute eine Kraft, die auch vom Sozialpartner anerkannt und beachtet werde. Die Konzentration der gewerkschaftlichen organisierten Kräfte, die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung, werde deshalb auch in Zukunft Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit sein.

Fette warnte davor, wieder in die Zersplitterung in Berufs- und Standesorganisationen sowie in Richtungsgewerkschaften zurückzufallen. Durch eine solche Zersplitterung seien vor 1933 die antidemokratischen Kräfte wesentlich unterstärkt worden. Fette setzte sich in diesem Zusammenhang ausführlich mit der DAG auseinander. Durch das Auftreten restaurativer Kräfte habe sich innerhalb der DAG ein ideologischer Wandel vollzogen, der

sammlung des südwestdeutschen Bundeslandes hat nach der Plenarsitzung den amtrittenden Abschnitt Verwaltung des Entwurfs für ein Überleitungsgesetz beraten. Verschiedet wurde in erster Lesung nach einer grundsätzlichen Aussprache der Artikel I dieses Abschnittes, nach dem die Befugnisse der Ministerien der bisherigen Länder und die der Landesbezirksdirektionen in Nordbaden mit der Bildung des neuen Bundeslandes grundsätzlich auf die Ministerien der vorläufigen Regierung übertragen. Die vorläufige Regierung bestimmt nach diesem Artikel, wann und in welchem Umfang sie die einzelnen Geschäfte übernimmt. Dieser Artikel war vom Unterausschuß des Verfassungsausschusses in Tübingen ausgearbeitet worden.

Ein Antrag der CDU, daß diese Geschäfte von den Ministerien nur dann übernommen werden sollen, wenn eine einheitliche und zentrale Ausübung für das ganze Bundesland erforderlich ist, wurde vom Ausschuß mit 13 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Wie der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Staatspräsident Dr. Müller nach der Sitzung mitteilte, wollte die CDU mit ihrem Antrag etwaige zentralistische Bestrebungen verhindern. Nach Ansicht der CDU sollte die vorläufige Regierung keine Befugnisse übernehmen, die den Mittelinstanzen verbleiben können. Dagegen sei im Ausschuß eingewandt worden, daß in dieser Frage Einigkeit bestehe. Die vorläufige Regierung solle nur solche Geschäfte übernehmen, die zentral geregelt wer-

äußerlich im Sommer 1940 in der britischen Zone durch das Austreten der DAG aus dem DGB gekennzeichnet worden sei. Aber schon der Verlauf des Gewerkschaftstages der DAG im September 1950 in Berlin habe eindeutig bewiesen, daß bedeutende Teile der DAG-Mitglieder mit der derzeitigen ideologischen Haltung nicht einverstanden seien. Sie seien jedoch in der Minderheit, und es bestände vorerst kaum eine Möglichkeit, den Kurs der DAG, der abseits der Interessen der Gesamtarbeiterbewegung liege, entscheidend zu ändern. Der DGB wird aber eventuell gewünschten Besprechungen nicht ausweichen.

Fette unterstrich sodann die Verantwortung, mit der die Angestelltenarbeit innerhalb des DGB vorgenommen werde, und führte die Möglichkeiten auf, die für die Angestellten gegeben seien, um ihre speziellen Probleme zu behandeln. Dies käme besonders im Bildungsprogramm des DGB gegenüber den jungen Angestellten zum Ausdruck. Die Angestellten würden wegen ihrer geringen Zahl im DGB nicht als Minderheit betrachtet. Es sei aber notwendig, daß die Angestellten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr als bisher zur Verfügung stellten, um die Gemeinschaftsaufgaben zu lösen.

In den Begrüßungsansprachen der Gastdelegierten aus dem Ausland wurde immer wieder betont, daß auch auf internationaler Ebene die Entwicklung zum Industrieverband unverkennbar sei. Das Mitglied der saarländischen Gewerkschaftsverbände, Hans John, der mit 15 Vertretern der saarländischen Einheitsgewerkschaft an der Tagung teilnimmt, bedauerte, daß die Saarländer nur als Gastdelegierte und nicht als ordentliche Delegierte anwesend sein könnten.

den müssen. Die von der CDU gewünschte Bestimmung sei daher überflüssig. Der Verfassungsausschuß wird am kommenden Mittwoch zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten.

Dr. Maier spricht im Rundfunk

Stuttgart (IsW). Der neugewählte Ministerpräsident der vorläufigen südwestdeutschen Regierung, Dr. Reinhold Maier, wird am Samstag um 19.45 Uhr über den Südwestdeutschen Rundfunk eine Ansprache halten.



Dr. Reinhold Maier mit Gattin

VOM TAGE

Norwegen ernannte Dag Bryh zu seinem diplomatischen Vertreter in Bonn. Bryh war zuvor norwegischer Delegierter in der NATO.

Die Oder-Neiße-Linie wurde von der Sowjetunion anlässlich des 60. Geburtstages des polnischen Staatspräsidenten erneut als endgültige Grenze bezeichnet.

Das 137. US - Bombengeschwader wird in Kürze nach Frankreich verlegt. Bisher sind zwei amerikanische Geschwader in Europa stationiert.

Königin Elisabeth II. soll am 2. Juni 1953 gekrönt werden, wie britische Zeitungen berichten.

Zwischen Indien und Pakistan soll erneut über die Entmilitarisierung von Kaschmir verhandelt werden. Dies empfahl der UN-Sonderbeauftragte Dr. Graham in seinem dritten Kaschmir-Bericht.

Abd el Krim, der legendäre Araberführer, der 1923 gegen Spanien und Frankreich kämpfte, ist an einem schweren Leberleiden erkrankt.

Eine für Syrien bestimmte Waffenladung wurde von der israelischen Zollbehörde im Hafen von Haifa beschlagnahmt. Das Schiff, das die Waffen brachte, fuhr unter schwedischer Flagge.

Dr. Ernst Brandenburg, Ministerialdirektor im Bundesverkehrsministerium, erhielt in Anerkennung seiner Verdienste um den Aufbau der zivilen deutschen Luftfahrt das Große Verdienstkreuz.

